

Dokumentation



**„Sei doch g’scheit -
gemeinsam gegen Leiharbeit“**

**Erfolgreich gegen Leiharbeit bei der
Firma Huber packaging in Öhringen**

Impressum

Herausgeber:

IG Metall Schwäbisch Hall

Haller Straße 37

74523 Schwäbisch Hall

Telefon 0791 950 280

www.schwaebisch-hall.igm.de

Druck:

m.o.druck Bühlerzimmern

Mai 2011

Inhalt

Vorwort	4
Proteste	6
Tarifverhandlungen	8
Anti-Viren-Trupp	10
Warnstreik	16
Ergebnis	21

Hände weg von Leiharbeit!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
diese Dokumentation soll die Auseinandersetzung um die Verhinderung von Leiharbeit bei der Firma Huber packaging group GmbH in Öhringen aufzeigen.

Der Metallverpackungshersteller Huber packaging mit knapp 800 Beschäftigten hat immer jeweils ab dem Frühjahr für vier bis sechs Monate Saisonarbeit (Stichwort Bierfässer). Die Produktionszahlen erhöhen sich in dieser Zeit drastisch. Es kann nicht vorgearbeitet werden, so dass ein Mehrbedarf an Beschäftigung entsteht. Trotz flexiblen Arbeitszeiten und zuschlagspflichtiger Mehrarbeit, kann dieser erhöhte Produktionsbedarf nicht durch die Stammebelegschaft abgearbeitet werden.

Saisonarbeit nach Tarif

Daher wurden in den letzten Jahrzehnten während der Saison immer befristet Beschäftigte und Ferienarbeiter/-innen eingestellt, die zu gleichen Bedingungen wie die Stammebelegschaft gearbeitet haben.

Anfang 2010 kam nun die Geschäftsleitung mit Einstellungsanfragen für Leiharbeitskräfte. Diese Einstellungen hat sie ohne die Zustimmung des Betriebsrates vollzogen.

In der Belegschaft führte dies sofort zu Diskussionen. Den Beschäftigten war bewusst, dass Leiharbeitskräfte weniger Lohn bekommen würden und Leiharbeit auch für ihre Arbeitsbedingungen eine Gefahr darstellen würde.

Die Aussage der Firmenleitung, Leihar-

beit nur wegen der Flexibilität zu wollen, hat die Belegschaft nicht geglaubt. Ihre Forderung und die des Betriebsrates, weiterhin auf Befristungen zu setzen, hat die Geschäftsleitung abgelehnt. Auch die Forderung nach gleicher Bezahlung wurde von Seiten des Arbeitgebers nicht akzeptiert. Hier hat sich also schnell gezeigt, dass es nicht um Flexibilität, sondern eben doch um Lohnkosteneinsparungen ging und damit die Gefahr des Lohndumpings real wird.

Die rechtliche Schiene führte in die Sackgasse, da das Arbeitsgericht gegen die Zustimmungsverweigerung des Betriebsrates entschieden hat.

Haustarifvertrag zu Leiharbeit

Was also tun? Nachdem alle Versuche gescheitert waren, eine betriebliche Regelung zu erreichen, legte die Belegschaft spontan die Arbeit nieder. Dass genau zu diesem Zeitpunkt der Ortsvorstand der IG Metall Schwäbisch Hall und Vorstandsmitglied Helga Schwitzer aus Frankfurt zu einer Besichtigung im Betrieb waren, hatte die Beschäftigten wohl dazu bewogen, spontan zu zeigen, was sie von Leiharbeit halten, nämlich gar nichts.

Die Geschäftsführung schaltete jedoch auf stur. Daraufhin entstand die Idee, einen betriebsbezogenen Tarifvertrag mit folgenden Schwerpunkten zu fordern:

- Quotierung bei Leiharbeitskräften hinsichtlich Anzahl, Zeitdauer und Einsatzbereich.

- Poolbildung für den Einsatz von befristet Beschäftigten.
- Erweitertes Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrates beim Einsatz von Leiharbeitskräften.

Diese Schwerpunkte wurden deshalb so gewählt, weil zwar eine Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gestellt werden könnte, diese aber nicht arbeitskampffähig wäre, da für die Leiharbeitsbranche bereits ein gültiger Tarifvertrag besteht. Von daher wurde von dieser Forderung erst einmal Abstand genommen. Natürlich bestand die Hoffnung, im Laufe von Tarifverhandlungen auch über dieses Thema zu sprechen.

Breite Unterstützung der Belegschaft

Auf einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung wurde dann mit nur einer Gegenstimme beschlossen, einen Tarifvertrag mit den vorgenannten Forderungen anzugehen. Eine betriebliche Tarifkommission wurde gewählt. Damit war auch die breite Unterstützung der Belegschaft gewährleistet.

Als die Kolleginnen und Kollegen bei der ersten Verhandlung zwischen IG Metall und Arbeitgeber einen Warnstreik durchführten, stand dieses Gespräch bereits auf der Kippe.

Die Geschäftsführung forderte das Zugeständnis der IG Metall, keine weiteren Warnstreiks durchzuführen, was natürlich nicht zugestanden wurde.

Nach weiteren Verhandlungsrunden zeichnete sich ab, dass es nun wohl doch zu einer betrieblichen Lösung

ohne Leiharbeit kommen könnte.

Diese Bemühungen auf betrieblicher Ebene wurden von der IG Metall ausdrücklich unterstützt. Das Ergebnis hat uns dabei recht gegeben.

Die Anfang Juli 2010 abgeschlossene Betriebsvereinbarung schließt Leiharbeit grundsätzlich aus. Die zukünftig befristet Beschäftigten werden nach ERA eingruppiert.

Konsequent zum Erfolg

Die konsequente Haltung der Belegschaft, der betrieblichen Akteurinnen und Akteure und eine gute Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall insbesondere in Öhringen, dem Stammsitz der Firma, haben dazu geführt, Beschäftigung weitestgehend zu guten Bedingungen abzusichern. Auch die Unterstützung der Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg und dem Schwäbisch Haller Büro der DGB Rechtsschutz GmbH haben dem guten Ergebnis auf die Sprünge geholfen.

Wir danken allen Beteiligten und wünschen auch weiterhin gute Erfolge.



Heidi Scharf
1. Bevollmächtigte
IG Metall Schwäbisch Hall

Der Arbeitgeber kündigt im März 2010 seine Absicht an, Leiharbeit einzusetzen

IG Metall Vertrauensleute: Keine Leiharbeit bei Huber!

Vertrauensleutezeitung
„Der Dosenöffner“
im März 2010:
„Das kann kein
anständiger Mensch
dulden.“

In der Folge fordert der Betriebsrat die Geschäftsleitung nach § 23 BetrVG - Grober Verstoß - auf, „unverzüglich die Beschäftigung von betriebsfremden Leiharbeitern an den Gruppenprämienarbeitsplätzen ... einzustellen“.

Begründung: Verstoß gegen die bei Huber geltende „Betriebsvereinbarung über Prämienentlohnung im Fertigungsbereich Metall“, die den Einsatz von Nichtprämienlöhnern ausschließt. „Durch den Einsatz von Leiharbeitern/Zeitlöhnern in unseren Prämiengruppen kann eine erhöhte Leistung für die Huber-Beschäftigten nicht mehr realisiert werden oder fällt geringer aus.“

Die juristische Auseinandersetzung führte im weiteren Verlauf nicht zum Erfolg, da das Arbeitsgericht gegen die Zustimmungsverweigerung des Betriebsrates entschieden hat.

Der Dosenöffner

Betriebszeitung der IG Metall Vertrauensleute - HUBER Verpackungen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Stoppt Leiharbeit bei HUBER!

Letzte Woche noch „... eine HUBER-Familie“, heute: behandelt wie Stiefkinder!

Auf der vergangenen Betriebsversammlung wurde noch groß von HUBER als „Familie“ gesprochen. Am darauf folgenden Tag schon platzten die schönen Reden wie Seifenblasen: Die Geschäftsführung, das Personalwesen und die Werkleitung Werk 2 wollen LeiharbeiterInnen als Saisonbeschäftigte einstellen!

Mehr Profit statt anständiger Lohn

Billiglöhne für LeiharbeiterInnen erhöhen den Profit. Und das gerade jetzt, wo das Unternehmen und die Besitzer von HUBER durch eine gesellschaftsrechtliche Umwandlung Steuerersparnisse in zweistelliger Millionenhöhe erhalten werden. Die einen füllen sich die Taschen und die anderen arbeiten sich arm. Denn von Leiharbeitslöhnen kann in diesem Land keine/r angemessen leben!! Jede/r 8. LeiharbeiterIn verdient so wenig, dass er/sie auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist.

Für einen Hungerlohn von ca. € 7,30/Std. (brutto) sollen die LeiharbeiterInnen neben unseren KollegInnen arbeiten, die für die gleiche Arbeit mindestens € 12,63/Std. (ohne Prämie und Schichtzulage) erhalten. Das kann kein anständiger Mensch dulden! Sogar FerienarbeiterInnen würden somit mehr verdienen als Familienväter und -mütter! Dieser Skandal muss beendet werden!

Leiharbeit gefährdet alle Arbeitsplätze und unsere Einkommen

Wir können nicht ausschließen, dass die Geschäftsführung bei HUBER mit der beabsichtigten Einstellung von zunächst 7 LeiharbeiterInnen im Werk 2 nicht einen „größeren Plan“ verfolgt. Nämlich Zug um Zug Stammarbeitsplätze durch billige Leiharbeit zu ersetzen. Diese Gefahr ist groß. Übrigens:

Leiharbeitsfirmen bieten nicht nur an- und ungelernte ArbeiterInnen an, sondern auch FacharbeiterInnen, kaufmännische Angestellte und Ingenieure!!

Es gibt Fälle, wie z.B. bei Recaro in Schwäbisch Hall, wo zuerst über 100 fest angestellte Beschäftigte ihre Kündigung erhalten haben und anschließend ein Großteil dieser Kolleginnen und Kollegen über eine Leiharbeitsfirma wieder eingestellt wurde. Zum Teil auf ihren vorherigen Arbeitsplätzen aber zu erheblich niedrigeren Stundenlöhnen.

Das Gesamteinkommen der Beschäftigten bei den Leihfirmen liegt 30-50% unter unseren monatlichen Einkommen!!

Durch solche „Sklavenlöhne“ erreichten Leiharbeitsfirmen allein 2007 einen Umsatz von 18 Milliarden Euro. Leicht verdiente „Kohle“, wenn die Not der arbeitslosen Menschen auch noch von der Arbeitsagentur dahingehend genutzt wird, dass sie Menschen unter Androhung von Leistungssperren in Leiharbeitsfirmen zwingt!

Hat HUBER das nötig?

Seit vielen Jahren deckt HUBER seine Auftragsspitzen mit befristeten Einstellungen ab. Somit verdienen die Befristeten wenigsten den gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Außerdem konnten damit immer arbeitslose Familienmitgliedern von HUBER-Beschäftigten zumindest für einige Monate ein anständiges Beschäftigungsverhältnis finden. Warum soll das nun nicht mehr gehen? Weil es andere Unternehmen auch machen? Das ist kein Grund!

Der Lohnanteil bei der Bierfass-Produktion liegt bei etwa 4%. Selbst beim Einsatz von billigen LeiharbeiterInnen ergeben sich nur unwesentlich bessere Kalkulationen für die Fertigungskosten!

Stoppt Leiharbeit!

Nicht die Menschen, die in Leiharbeit gezwungen werden, sind das Problem sondern die Leiharbeitsfirmen und Geschäftsführer, Personalchefs und Werkleiter, die sich an diesem „Menschenhandel“ bereichern und die Not der Menschen ausnutzen, sind das Problem.

Und es sind die politisch Verantwortlichen der CDU, FDP, SPD und GRÜNEN schuld, dass Gesetze wie das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz bewusst verschlechtert wurden. Wendet euch an die ParteienvertreterInnen und fordert, dass sie aktiv werden mit dem Ziel, Leiharbeit zu verbieten.

Der Betriebsrat muss schnellstens handeln!

Wir fordern den Betriebsrat auf, der Leiharbeit nicht zuzustimmen und umgehend Verhandlungen mit dem Arbeitgeber aufzunehmen. Das Ziel ist, dass aus den 82 im Personalwesen vorliegenden Bewerbungen für das Werk 2 die notwendigen Einstellungen erfolgen.

Die Geschäftsführung fordern wir auf: Hände weg von der Leiharbeit!

Wer bei Huber arbeitet – das gilt auch für Saisonbeschäftigte - für den/die muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

IG Metall Vertrauensleute bei Huber

V.i.S.d.P.: Heidi Scharf, IG Metall Schwäbisch Hall, Haller Str. 37, 74523 Schwäbisch Hall

DGB ruft zu Protestversammlung auf

Beschäftigte protestieren gegen Leiharbeit



Protestversammlung der Huber-Belegschaft am 11.03.2011 in Öhringen

Zu einer Betriebsbesichtigung und einer Sitzung des Ortsvorstandes hält sich IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer am 11. März 2010 bei der Fa. Huber auf. Diese Gelegenheit nutzen rund 200 Beschäftigte zu einer spontanen Protestversammlung vor dem Tor.



Vor Ort: Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied der IG Metall

Hohenloher Zeitung vom 12.03.2010

Huber-Beschäftigte protestieren gegen Leiharbeit

Betriebsrat droht mit Gang zum Arbeitsgericht – Bundesvorstandsmitglied der IG Metall informiert sich im Betrieb

Von Peter Hohl

ÖHRINGEN Am Ende ihres Informationsbesuchs bei der Öhringer Firma Huber erlebte Helga Schwitzer eine Protestaktion der Belegschaft vor dem Werkstor. Schwitzer, im Bundesvorstand der IG Metall zuständig für die Tarifpolitik, besuchte gestern Vormittag den Hersteller von Blechverpackungen.

Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie ist seit nunmehr drei Wochen beendet. Doch bei Huber steht neuer Streit ins Haus: Der Betriebsrat will die geplante Einstellung von sieben Leiharbeitern ab kommenden Montag verhindern. Wenn es bei einem für heute geplanten Gespräch mit der Geschäftsleitung keine Einigung gebe, würden die Arbeitnehmervertreter vor das Arbeitsgericht ziehen, kündigte der Betriebsratsvorsitzende Siegfried Hubele gestern Mittag vor rund 200 Huber-Mitarbeitern an.

Es ist ein Novum, dass sich Huber Arbeitskräfte über eine Zeitarbeitsfirma besorgt. Diese Neuerung passt dem Betriebsrat überhaupt nicht. Schließlich, so Hubele, würden die Leiharbeiter schlechter bezahlt als Ferienjobber und andere Aushilfskräfte. Und von denen gebe es eine ganze Menge, überwiegend Familienangehörige von Belegschaftsmitgliedern, sagt Siegfried Hubele. So habe es für die sieben Stellen im Bierfasswerk 82 Bewerbungen gegeben.

Dumping-Modell Leiharbeiter sind nicht nur billiger als festgestellte Beschäftigte, sie können auch nach Bedarf eingesetzt werden. „Diese Flexibilität kriegt man genauso gut mit befristet Beschäftigten hin – wenn man kein Dumping-Modell will. Aber das will offensichtlich der Arbeitgeber“, sagt IG-Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer. Es gebe einige Firmen in der Region,



Rund 200 Mitarbeiter des Blechverpackungsherstellers beteiligten sich an der kurzen Kundgebung beim Schichtwechsel gestern Mittag. Foto: Peter Hohl

die (wie bisher Huber) ohne Leiharbeiter auskämen, berichtet die Schwäbisch Haller IG-Metall-Betriebsratsvorsitzende Heidi Scharf. Leiharbeiter gebe es vor allem in solchen

Betrieben, in denen die Belegschaft nur gering gewerkschaftlich organisiert sei. Demgegenüber gilt Huber als Unternehmen mit starkem Betriebsrat.

Über das Miteinander von Firmenleitung und Arbeitnehmervertreter informierte sich Helga Schwitzer. Geschäftsführer Frank Schulten habe ihr gesagt, der Tarifabschluss sei zu hoch ausgefallen. Aber auch von Betriebsratschef Hubele gab es Kritik: Durch den Tarifabschluss werde eine Betriebsvereinbarung bei Huber ausgehebelt. Darin war sichergestellt, dass die Kurzarbeit nicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld angerechnet wird.

Positive Zeichen 40 der rund 650 Öhringer Huber-Mitarbeiter seien derzeit noch in Kurzarbeit, berichtet Siegfried Hubele. In Spitzenzeiten im vergangenen Jahr seien es bis zu 500 gewesen. „Ich denke, das Schlimmste liegt hinter uns“, sagt der Betriebsratsvorsitzende. Vor allem im Bierfasswerk am Rand der Autobahn gebe es positive Zeichen. Das liege nicht nur an der bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft.

Gewerkschaftsmitglieder stimmen ab

Ziel: Tarifvertrag über Leiharbeit bei Huber packaging

Nachdem die Geschäftsführung auch nach den Protesten der Beschäftigten aufstur schaltet, entsteht die Idee, einen betriebsbezogenen Tarifvertrag zu fordern.



Schwäbisch Hall

metallnachrichten

für die Beschäftigten der Fa. Huber Packaging Öhringen

27. April 2010

Mitgliederversammlung der IG Metall

Beschäftigte stimmen für Tarifverhandlungen zur Leiharbeit

137 Kolleginnen und Kollegen der Huber Packaging Group trafen sich am Sonntag, den 25. April 2010 im Sporthotel in Öhringen zu einer Mitgliederversammlung der IG Metall. Auf der Tagesordnung stand das Thema Leiharbeit. Das sind die Ergebnisse:

Tarifverhandlungen zu Leiharbeit

- ➔ Die Mitglieder haben mit 136 Ja-Stimmen beschlossen, Tarifverhandlungen einzuleiten.

Regelung von Leiharbeit, Pool von befristet Beschäftigten und mehr Mitbestimmung für den Betriebsrat

Einstimmig haben die Mitglieder folgende Forderungen für diese Verhandlungen mit der Geschäftsleitung beschlossen:

- ➔ Quotierung hinsichtlich Anzahl, Einsatzdauer und Einsatzbereiche von Leiharbeit.
- ➔ Poolbildung für den Einsatz von befristet Beschäftigten.
- ➔ Ein erweitertes Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrates bei Einsatz von Leiharbeit.

Verhandlungskommission gebildet

Acht Kolleginnen und Kollegen wurden von den Mitgliedern in die betriebliche Tarifkommission gewählt:



Protest der Huber-Belegschaft gegen Leiharbeit am 11. März 2010 vor dem Werkstor in Öhringen

Klaus Bauer, Kevin Christ, Werner Grund, Pia Gruschwitz, Siegfried Hubele, Irmgard Kircher-Wieland, Volker Schick, Thomas Völker

So geht's weiter

Auf der Mitgliederversammlung wurde auch das weitere Vorgehen abgestimmt:

Der Geschäftsleitung werden die Beschlüsse und Forderungen der Mitglieder mitgeteilt. Die Belegschaft soll regelmäßig über den aktuellen Stand in Sachen Tarifverhandlungen zu Leiharbeit informiert werden, die Öffentlichkeit wird bei einer Pressekonferenz der IG Metall sowie mit Flugblättern informiert.

Die MetallerInnen wollen ein Aktionskomitee bilden und dabei auch befreundete Organisationen und die Beschäftigten anderer Betriebe einbeziehen.

Außerdem sollen die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber von Warnstreiks begleitet werden.

GLEICHE ARBEIT



GLEICHES GELD

Arbeitgeber reagiert „verwundert“

Geschäftsleitung will Verhandlungen mit Betriebsrat



Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
30. April 2010						
Kopie						

HUBER Packaging Group GmbH + Co. KG | Postfach 1240 | 74602 Öhringen

Geschäftsführung

IG Metall Schwäbisch Hall
Frau Heidi Scharf
Haller Str. 37
74523 Schwäbisch Hall

Telefon +49 7941 66-225
Fax +49 7941 66-5225

2010-04-28

Ihr Schreiben vom 27.04.2010

Sehr geehrte Frau Scharf,

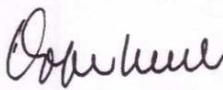
mit Verwunderung haben wir Ihr Schreiben vom 27.04.2010 erhalten, in dem Sie uns zur Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines Tarifvertrages auffordern. Wie Sie wissen sind wir Mitgliedsunternehmen im Arbeitgeberverband SÜDWESTMETALL, welcher mit Ihnen Tarifverträge verhandelt und abschließt. Soweit dort tarifliche Regelungen getroffen worden sind, bedingen diese eine Friedenspflicht gegenüber unserem Unternehmen. Ihre übermittelten Verhandlungsthemen lassen uns allerdings nicht erkennen, inwieweit diese Forderungen die Friedenspflicht verletzen.

Sie haben sicherlich Verständnis, wenn wir uns wegen ihrer Forderungen mit unserem Verband abstimmen und über die rechtlichen und verfahrenstechnischen Gesichtspunkte beraten. Wegen eines Gesprächstermins werden wir dann baldmöglichst auf Sie zukommen.

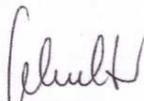
Ungeachtet dessen sind wir gerne bereit mit unserem Betriebsrat Gespräche zu dem Thema Einsatz von Zeitarbeit zu führen. Hier hatten wir dem Betriebsrat ein Gesprächsangebot für den 07. Mai 2010 um 11.00 Uhr unterbreitet. Dieses Gesprächsangebot können wir nur aufrechterhalten, wenn klar ist, wer unser Gesprächspartner in der Angelegenheit ist. Sobald dies auf Ihrer Seite geklärt ist, sind wir gerne bereit mit Ihnen oder dem Betriebsrat die geplanten Gespräche fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

HUBER Packaging Group GmbH + Co. KG



Dr. Rainer Opferkuch



Frank Schulten

HUBER Packaging Group GmbH + Co. KG
Otto-Meister-Straße 2
74613 Öhringen
GERMANY

Telefon +49(0) 7941 / 66-0
Fax +49(0) 7941 / 66-302
zentrale@huber-packaging.com
www.huber-packaging.com

Geschäftsführer:
Dr. Ing. Rainer Opferkuch (Vorsitzender),
Andreas Meister, Frank Schulten
Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Martin Bertinchamp

Kommanditgesellschaft
Sitz in 74613 Öhringen
Amtsgericht Stuttgart 590480
USt-ID-Nr.: DE146280004
Steuer-Nr.: 76001/10404

Persönlich haftende Gesellschafterin:
Gebr. Meister GmbH
Sitz in 74613 Öhringen
Amtsgericht Stuttgart 590102

Seite 1 von 1 Brief IG Metall Scharf.doc

Auf die Ankündigung der IG Metall, Verhandlungen über einen Haustarifvertrag zu Leiharbeit bei Huber führen zu wollen, reagiert die Geschäftsleitung verwundert.

Auftritt des Anti-Viren-Trupps und Pressekonferenz

Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall und des Betriebsrates



Auftritt des Anti-Viren-Trupps des DGB und der gewerkschaftlichen Vertrauensleute von Huber bei der Zeitarbeitsmesse im April 2010 in Crailsheim: „Das Leiharbeits-Virus taucht in der Regel dort verstärkt auf, wo unhygienische Profitgier herrscht. Es vernichtet unbarmherzig Stammarbeitsplätze und tötet das Gerechtigkeitsgefühl ab, das besagt, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn bezahlt werden muss!“

Der Druck wird größer, die IG Metall führt eine Pressekonferenz durch, die Medien-Tageszeitungen und Radio-berichten.

Hohenloher Zeitung vom 10.06.2010

Verhandlungen über Leiharbeit bei Huber

Gewerkschaft und Unternehmensleitung treffen sich heute – Betriebsrat fordert mehr Mitbestimmung

Von Heiko Fritze

ÖHRINGEN Im Streit um die Beschäftigung von Leiharbeitern in den beiden Öhringer Huber-Werken beginnen heute Verhandlungen zwischen IG Metall und Geschäftsführung. Gewerkschaft und Betriebsrat wollen erreichen, dass vorwiegend befristet Beschäftigte statt Leiharbeiter eingestellt werden, dass es für Leiharbeit eine Quote gibt und dass der Betriebsrat ein erweitertes Mitbestimmungsrecht erhält.

Risiko Bereits seit März gärt es am Stammsitz der Huber-Gruppe. Erstmals Ende April forderte der Betriebsrat Verhandlungen zu dem Thema, während er seine Zustimmung zur Einstellung von Leiharbeitern verweigerte und auch Überstunden ablehnte. „Das Risiko ist,

dass schleichend Arbeitsplätze abgebaut würden“, begründet Heidi Scharf die Ablehnung. Die Erste Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Schwäbisch Hall rech-

net vor: Auf der Basis des Tarifvertrags bekäme ein Leiharbeiter selbst bei Prämienzuschlägen etwa 8,65 Euro pro Stunde, ein regulärer Huber-Beschäftigter hingegen min-

destens 15,65 Euro. „Der Geschäftsführung geht es rein darum, Geld zu sparen“, prangert sie an. „Flexibilität bekäme sie auch mit befristeten Beschäftigten hin.“ So habe es in den Vorjahren ja auch funktioniert.

Betriebsratsvorsitzender Siegfried Hubele berichtet, dass es dem Verpackungshersteller mit 680 Mitarbeitern am Stammsitz inzwischen wieder gut gehe. Das Unternehmen sei kerngesund, fügt Scharf hinzu.

Kritik Die Gewerkschaft kritisiert auch, dass die Leiharbeiter – vergangene Woche seien es noch etwa 50 gewesen – von ihrem Arbeitgeber, der Heilbronner Dekra Arbeit Bera, teilweise umgehend entlassen worden seien, als sie bei Huber nicht mehr benötigt wurden. Bera-Sprecherin Barbara Röhr wollte diese Vorwürfe aber nicht kommentieren.

Der Firmenleitung geht es bei Leiharbeit nicht vorwiegend um Einsparungen, betont hingegen Geschäftsführer Frank Schulten. „Mit einem Mix aus Befristeten, Leiharbeitern und Ferienhelfern wollen wir ein Höchstmaß an Flexibilität“, sagt er. „Wir sehen auch einen gewissen Regelungsbedarf bei dem Thema, aber auf gar keinen Fall wollen wir erweiterte Mitbestimmung.“ Manche Punkte seien nicht verhandelbar. Derzeit sei die Auslastung im Partyfass-Werk saisonal auf dem Höhepunkt, und auch im Industrieverpackungen-Werk laufe es wieder gut, berichtet er. „Die Werte liegen deutlich über denen des Vorjahres.“ Kritik übt Schulten am Betriebsrat: Weil dieser Samstagsarbeit nicht zugestimmt habe, gingen der Firma Aufträge verloren. **Kommentar** „Fragen bleiben“



Das Werk für Industrieverpackungen in Öhringen ist mittlerweile wieder gut ausgelastet. IG Metall und Betriebsrat machen gegen Leiharbeit mobil. Foto: Archiv/Hohl

Informationen und Mobilisierung am 1. Mai

„Unterstützen Sie uns im Kampf gegen Leiharbeit!“

Leiharbeit gefährdet alle Arbeitsplätze und unsere Einkommen

Wir können nicht ausschließen, dass die Geschäftsführung bei HUBER mit der beabsichtigten Einstellung von zunächst 7 LeiharbeiterInnen im Werk 2 nicht einen „größeren Plan“ verfolgt. Nämlich Zug um Zug Stammarbeitsplätze durch billige Leiharbeit zu ersetzen. Diese Gefahr ist groß. Übrigens: Leiharbeitsfirmen bieten nicht nur un- und ungelernete ArbeiterInnen an, sondern auch FacharbeiterInnen, kauf-

teten wenigsten den gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Außerdem konnten damit immer arbeitslose Familienmitgliedern von HUBER-Beschäftigten zumindest für einige Monate ein anständiges Beschäftigungsverhältnis finden. Warum soll das nun nicht mehr gehen? Weil es andere Unternehmen auch machen? Das ist kein Grund!

Der Lohnanteil bei der Bierfass-Produktion liegt bei etwa 4%. Selbst beim Einsatz von billigen LeiharbeiterInnen ergeben sich nur unwesentlich bessere Kalkulationen für die Fertigungskosten!

von Leiharbeit bei Gruppenentlohnung, Sicherung der Stammsbelegschaft u.a.

Die Geschäftsführung sucht den Konflikt, indem sie jegliche verbindliche Regelung zu Leiharbeit und ihren Folgen ablehnt.

IG Metall will Haustarifvertrag bei HUBER - wenn nötig mit Arbeitskampf

Nachdem bislang alle Angebote des Betriebsrates zur fairen Lösung zurückgewiesen wurden, fordert die IG Metall die Geschäftsführung bei HUBER zu Tarifverhandlungen zum Thema auf.

Auf einer Mitgliederversammlung haben rund 140 IG Metall-Mitglieder von HUBER eine Tarifkommission gewählt.

Sie soll über Quotierung hinsichtlich Anzahl, Einsatzdauer und Einsatzbereiche von Leiharbeit, Poolbildung für den Einsatz von befristeten Beschäftigten und für ein erweitertes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Einsatz von Leiharbeit verhandeln.

Unterstützen Sie unsere Belegschaft im Kampf gegen Leiharbeit – Gleiches Geld bei gleicher Arbeit!

Die Geschäftsführung fordern wir auf: Hände weg von der Leiharbeit!

Wer bei Huber arbeitet – das gilt auch für Saisonbeschäftigte - für den/die muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

IG Metall Vertrauensleute bei Huber



männliche Angestellte und Ingenieure!! Es gibt Fälle, wie z.B. bei Recaro in Schwäbisch Hall, wo zuerst über 100 fest angestellte Beschäftigte ihre Kündigung erhalten haben und anschließend ein Großteil dieser Kolleginnen und Kollegen über eine Leiharbeitsfirma wieder eingestellt wurde. Zum Teil auf ihren vorherigen Arbeitsplätzen aber zu erheblich niedrigeren Stundenlöhnen.

Das Gesamteinkommen der Beschäftigten bei den Leihfirmen liegt 30-50% unter unseren monatlichen Einkommen!!

Durch solche „Sklavenlöhne“ erreichten Leiharbeitsfirmen allein 2007 einen Umsatz von 18 Milliarden Euro. Leicht verdiente „Kohle“, wenn die Not der arbeitslosen Menschen auch noch von der Arbeitsagentur dahingehend genutzt wird, dass sie Menschen unter Androhung von Leistungssperren in Leiharbeitsfirmen zwingt!

Hat HUBER das nötig?

Seit vielen Jahren deckt HUBER seine Auftragsspitzen mit befristeten Einstellungen ab. Somit verdienen die Befris-

Stoppt Leiharbeit!

Nicht die Menschen, die in Leiharbeit gezwungen werden, sind das Problem sondern die Leiharbeitsfirmen und Geschäftsführer, Personalchefs und Werkleiter, die sich an diesem „Menschenhandel“ bereichern und die Not der Menschen ausnutzen, sind das Problem.

Und es sind die politisch Verantwortlichen der CDU, FDP, SPD und GRÜNEN schuld, dass Gesetze wie das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz bewusst verschlechtert wurden. Wendet euch an die ParteienvertreterInnen und fordert, dass sie aktiv werden mit dem Ziel, Leiharbeit zu verbieten.

Geschäftsführung verweigert sich

In den letzten Wochen hat der Betriebsrat versucht, den Einsatz von Leiharbeit in einer Vereinbarung fair zu regeln. Geregelt werden sollte:

Leiharbeit zum gleichen Lohn wie befristet Beschäftigte, Begrenzung der Anzahl der Leiharbeiter, kein Einsatz

GLEICHE ARBEIT



GLEICHES GELD

Auszug aus einem Dosenöffner zur 1. Mai-Feier des DGB in Öhringen.

Auch bei einem Infostand im April in der Öhringer Innenstadt informiert die Belegschaft über ihr Anliegen.

V.i.S.d.P.: Heidi Scharf, IG Metall Schwäbisch Hall, Haller Str. 37, 74523 Schwäbisch Hall

Konfliktpunkt Feiertagsarbeit

Arbeitgeber versucht, die Belegschaft zu spalten

Aufgrund der Auseinandersetzung um die Leiharbeit lehnt der Betriebsrat die für Himmelfahrt und Pfingsten beantragte Feiertagsarbeit ab. Der Arbeitgeber versucht daraufhin in einem Auszug, die Belegschaft zu spalten:

„... wir möchten uns noch einmal auf diesem Wege für Ihre nahezu geschlossene Bereitschaft zur Feiertagsarbeit recht herzlich bedanken ... Zu unserem großen Bedauern müssen wir der heutigen Betriebsratsinformation entnehmen, dass der Betriebsrat weiterhin nicht der nahezu geschlossenen Entscheidung der Belegschaft des Werkes 2 folgt und die Feiertagsarbeit unter allen Umständen ablehnt. Wir werden im Interesse unserer Kunden und von uns Allen sämtliche uns zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die Feiertagsarbeit umzusetzen....“ (12.05.2010)

Die IG Metall Vertrauensleute reagieren mit einer neuen Ausgabe des „Dosenöffner“: „Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf: solange es keine faire Lösung beim Einsatz von Leiharbeit, befristet Beschäftigten und Ferienarbeitern gibt, sagt „Nein“ zu Überstunden und Sonderschichten!

Der Dosenöffner




HUBER-Geschäftsführung und Werkleitungen wollen keine faire Lösung bei Leiharbeit

Keine befristete Beschäftigung, keine Beschäftigungssicherung, bis zu 130 Leiharbeiter

- Bis zu 130 Leiharbeiter in den Saisonmonaten. Zusätzlich 35 Leiharbeiter verteilt übers ganze Jahr für sogenannte „Projekte“. Bezahlung bis zu 50% unter Tarif.
- Befristete Beschäftigung in der Saison soll es nicht mehr geben.
- Keine Beschäftigungssicherung für die Stammbesellschaft.
- Schüler und Studenten sollen als „Lohnrücker“ beschäftigt werden. Sie erhalten keine Belastungszulagen wegen Lärm.
- Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird von Geschäftsführung und Werkleitungen generell abgelehnt.

Das sind verkürzt die Ergebnisse der mehrfachen „Gespräche“ des Betriebsrates mit der Geschäftsführung und den Werkleitern Merkle und Waldenmaier zum Thema Leiharbeit.

Gespräche mit Geschäftsleitung zu Leiharbeit gescheitert

Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei der Behandlung der oben genannten Themen nur um „Gespräche“ handelt, nicht um Verhandlungen. Damit wurde klar zum Ausdruck gebracht: HUBER will seinen rigorosen Kurs in Richtung Billiglöhne

und 2-Klassen-Belegschaft weiter durchsetzen.

Deshalb sind die „Gespräche“ zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung sowie den Werkleitern, die diesen Kurs voll mittragen, am vergangenen Freitag gescheitert.

GLEICHE ARBEIT



GLEICHES GELD

Nun hat die IG Metall die HUBER-Geschäftsführung dazu aufgefordert, über einen Haustarifvertrag zum Thema Leiharbeit zu verhandeln. Sollte die Geschäftsführung die Verhandlungen mit der IG Metall verzögern und weiterhin auf ihrer bedrohlichen Billiglöhne-Masche beharren, ist im Juni/Juli ein Arbeitskampf nicht auszuschließen!

Geschäftsleitung ignoriert Kompromissvorschläge des Betriebsrates

Der Betriebsrat wollte eine akzeptable Verhandlungslösung und hat dazu mehrere Kompromisse zur Leiharbeit angeboten, die von Seiten der Geschäftsführung völlig ignoriert wurden. Selbst die Absicherung der Stammbesellschaft beim Einsatz von Leiharbeit entlarvte sich als rhetorische Sprechblase der Geschäftsführung. Denn bei der entscheidenden Frage – vereinbart die Geschäftsführung beim Einsatz von Leiharbeit eine Beschäftigungssicherung für die Stammbesellschaft? – kam prompt das schroffe „Nein“ des Geschäftsführers Schulten.

Leiharbeit betriebswirtschaftlich völlig unbegründet!

Unser Unternehmen hat die „Krise“ durch Opfer der Belegschaft im „Kostensenkungsprogramm“ im Jahr 2009 herausragend gut gemeistert: Schuldenabbau in zweistelliger Millionenhöhe und trotzdem ein mehrere Millionen umfassendes Gewinnergebnis in Öhringen im Werk 1 und 2, ein zweistellig geplantes Mengenwachstum in 2010 sowie eine Steuerentlastung des Unternehmens und der Gesellschafter durch die Umwandlung zu einer reinen Kapitalgesellschaft, ebenfalls in Millionenhöhe, sind betriebswirtschaftliche Fakten!!

Aber es scheint so, dass man den Hals nicht voll kriegt. Mit dem Versuch der Einführung von billiger Leiharbeit sollen die Gewinne weiter steigen, ebenso wie die Bonuszahlungen der Führungskräfte.

Auf Kosten der Menschen, die in Leiharbeit gezwungen sind und auf Kosten der Stammbesellschaft.

Wir fordern alle Kollegen auf: Solange es keine faire Lösung beim Einsatz von Leiharbeit, befristet Beschäftigten und Ferienarbeitern gibt, sagt „Nein“ zu Überstunden und Sonderschichten!!

Daraus darf und kann keinem Beschäftigten ein Nachteil erwachsen!! Überstunden und Sonderschichten sind in einer Betriebsvereinbarung unter den Vorbehalt der Freiwilligkeit gestellt!! Drohungen der Vorgesetzten sind absolut illegal!! Ihr habt bei der Absage von Überstunden und Sonderschichten die volle Unterstützung des Betriebsrates und der IG Metall!!

Wer jetzt freiwillige Überstunden macht fällt dem Betriebsrat, der IG Metall und seinen Kolleginnen und Kollegen, ob Leiharbeiter oder nicht, in den Rücken!!

Überstunden und Sonderschichten sind sofort wieder möglich, wenn es eine akzeptable Regelung zur Leiharbeit gibt!!

Schuld an dieser Zuspitzung tragen ganz allein die Geschäftsführung und die Werkleiter, die ihren Billiglohnkurs bislang fortsetzen. Denn bis zum heutigen Tag haben sie kein einziges Argument vorgebracht, weshalb die erhöhte Saisonbeschäftigung nicht weiterhin mit befristet Beschäftigten bewäl-

GLEICHE ARBEIT



GLEICHES GELD

tigt werden kann!

Erste Anzeichen vom „Billiglohn-Wahn“, bei HUBER

Nicht nur der steigende Einsatz von billiger Leiharbeit im Werk 2 und Werk 1 bedroht die Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten. Nein, auch die bislang ungebrochene Praxis des Personalleiters, Dumpinglöhne zu installieren, ist bedrohlich. So wurde z.B.

ein ausgebildeter Dipl. Volkswirt für mindestens 3 Monate eingestellt, der in Vollzeit ein Arbeitsentgelt von 800 € im Monat erhält!!!

Über Leiharbeit wurden mittlerweile freie Stellen mit der Qualifikation eines staatlich geprüften Technikers und eine weitere Stelle mit der Qualifikation eines „Industriemeister“, besetzt. Mit einem Einkommen, das üblicherweise An- und Ungelernte erhalten!

Wir werden Euch in den nächsten Wochen ständig auf dem Laufenden halten!

In der nächsten Information werden wir über die Forderungen der IG Metall zu den anstehenden Verhandlungen über einen Haustarifvertrag bei HUBER berichten.

Unterstützt und beteiligt Euch an den Aktionen der IG Metall!

Gegen Billiglöhne und Lohndumping!

Gleiches Geld für gleiche Arbeit!!

Eure IG Metall Vertrauensleute bei Huber, 17. Mai 2010

Um wieder Ruhe in den Betrieb zu bekommen, bietet der Arbeitgeber zwischenzeitlich eine Quote von 20 Prozent Leiharbeiter an.

Dies ist für den Betriebsrat jedoch keine akzeptable Lösung.

Am 20. Mai 2010 schreibt Südwestmetall an die IG Metall und bezieht sich auf den „Dosenöffner“:

„Der Dosenöffner“

Sehr geehrte Frau Scharf,

in der letzten Ausgabe von „Der Dosenöffner“, für die Sie verantwortlich im Sinne des Presserechts sind, fordern Sie die Mitarbeiter im Unternehmen auf, Sonderschichten und Überstunden zu verweigern. Damit verletzen Sie Ihre gegenüber uns und unserem Mitgliedsunternehmen bestehende tarifliche Durchführungspflicht und rufen gleichzeitig in bedenklicher Weise dazu auf, den Boden der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu verlassen. Ich darf daran erinnern, dass die IG Metall als Tarifvertragspartei alles zu unterlassen hat, was mit der tariflichen und betrieblichen Ordnung nicht in Einklang steht. Darüber hinaus informieren Sie die Mitarbeiter bewusst falsch über das Gespräch vom vergangenen Freitag und dessen Ergebnisse.

1. Der Manteltarifvertrag in unserer Branche bestimmt, dass Mehrarbeit, wenn „dringende betriebliche Erfordernisse“ bestehen, mit Zustimmung des Betriebsrates durchzuführen ist. Mit der Aufforderung, Mehrarbeit oder Sonderschichten wegen der von ihnen initiierten politischen Kampagne zu verweigern, setzen Sie sich als Verantwortliche zu diesen Tarifregelungen in Widerspruch. „Der Dosenöffner“ bezeichnet sich als Betriebszeitung der IG Metall Vertrauensleute – Huber Verpackungen. Zu diesen Vertrauensleuten gehören auch Mitglieder des Betriebsratsgremiums. Wir müssen daher davon ausgehen, dass der Aufruf zur Verweigerung von Überstunden und Sonderschichten aufgrund der Personenidentität Betriebsratsmitglied/Vertrauensmann bzw. Vertrauensfrau somit auch den betreffenden Betriebsratsmitgliedern zuzurechnen ist.
2. Gleichzeitig ist festzustellen, dass Betriebsräte, die dem gewerkschaftlichen Aufruf folgen und ebenfalls wegen der Tarifforderungssituation zu Verweigerungen von Sonderschichten und Überstunden aufrufen oder entsprechende Vereinbarungen verweigern, sich nicht nur gegen die maßgeblichen tariflichen Bestimmungen stellen, sondern auch ihrer gesetzlichen Amtspflicht zuwider handeln.

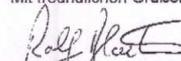
Die Betriebsräte sind verpflichtet unter Beachtung der geltenden Tarifverträge zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes vertrauensvoll mit dem Arbeitgeber zusammenzuarbeiten (§ 2 Abs. 1 BetrVG). Tätigkeiten oder Handlungen zugunsten Dritter, vor allem

zugunsten der Gewerkschaften zur Unterstützung der von ihr verfolgten politischen Ziele, sind damit nicht vereinbar und verletzen das Neutralitätsgebot. Die von der IG Metall Bezirksleitung der Presse vorgestellte Erklärung der IG Metall-Betriebsräte zur Leiharbeit, die auch von Betriebsräten bzw. vom Betriebsratsvorsitzenden der Fa. Huber Packaging Group unterzeichnet wurde, ist eine klare politische Aussage der Unterzeichner, wenn es dort heißt, dass Leiharbeit in den Betrieben unter Ausnutzung aller betriebsverfassungsrechtlichen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten verhindert werden soll. Hier werden Punkte, die in keinem inneren Zusammenhang stehen, sachwidrig verkoppelt, um die von der IG Metall gewünschten politischen Ziele zu erreichen. Die darin zum Ausdruck kommende unzulässige Vermengung von Betriebsratsstätigkeit mit gewerkschaftlich politischen Zielsetzungen wird uns in dem aufkeimenden Konflikt um die angestrebte Regelung noch zu beschäftigen haben.

3. Wie Ihnen aus der Mitarbeiter-Info unseres Mitgliedsunternehmens vom 16.05.2010 bekannt ist, hat der Einsatz von Leiharbeitnehmern keinerlei Einfluss auf die Stammbeschäftigten. Insbesondere wäre man seitens der Geschäftsleitung bereit, einen „Nachteilsausgleich“ zu vereinbaren, wenn Huber-Mitarbeiter wegen des Einsatzes von Leiharbeitnehmern nachweislich Prämienverluste erleiden. Ihre Darstellungen in diesem Punkt gehen daher vollkommen an der Sache vorbei. Insbesondere die Aufforderung, wegen der angeblich drohenden Nachteile für die Beschäftigten die Mehrarbeit zu verweigern, ist daher eine bewusste Fehlinformation in Richtung der Mitarbeiter, um Ihre politischen Ziele zu erreichen.

Ich fordere Sie daher nachdrücklich auf, diese unzulässigen und damit rechtswidrigen Verhaltensweisen zu unterlassen und sich zukünftig rechtmäßig zu verhalten.

Mit freundlichen Grüßen


Rolf Bleitner
Geschäftsführer

Bezirksgruppe Heilbronn / Region Franken:
Ferdinand-Braun-Straße 18 · 74074 Heilbronn · Telefon 0 71 31 / 94 49-0 · Fax 0 71 31 / 94 49 49
www.suedwestmetall.de · E-Mail: heilbronn@suedwestmetall.de

80 Euro Antrittsgeld

Arbeitgeber versucht, die Belegschaft zu kaufen

Die Geschäftsführung versucht, die Ablehnung von Überstunden durch den Betriebsrat zu unterlaufen und bietet allen Mitarbeitern 80.- Euro: „Alle Mitarbeiter des GB Beverage erhalten 80 € Antrittsgeld brutto ... Ebenso werden wir - wie in der Besprechung am 11.05.2010 zugesagt - alle Überstunden, die durch die Sonderschichten im Monat Mai erworben wurden, ausbezahlen.“ (12.05.2010)

Der Betriebsrat appelliert an die Kolleginnen und Kollegen, die langfristigen Folgen des Einsatzes von Leiharbeit zu bedenken. (12.05.2010)

Der Betriebsrat informiert

Es geht um mehr als um 80 Euro Brutto !!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Heute ab 10 Uhr verhandelt der Betriebsrat mit der Geschäftsführung wegen des Einsatzes von Leiharbeitern im Werk 1 und Werk 2.

Wer jetzt freiwillig Überstunden und nicht genehmigte Feiertags- und Sonntagsarbeit macht – fällt dem Betriebsrat in den Rücken !! Und schadet sich langfristig selbst am meisten !!

Vom Grundsatz geht es um folgendes :

Durch den massiven Einsatz von Leiharbeitern im Werk 2 und Werk 1 wird versucht Lohndrückerei und Verschlechterungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen durch zu setzen.

Das einzige ernsthafte Argument das die Werkleitung im Werk 2 und die Geschäftsführung für den Einsatz von Leiharbeitern vorträgt sind die billigen Löhne der Leiharbeiter.

Ca. 28 Euro/Stunden kostet ein Beschäftigter in der Entgeltgruppe 3.
14.90/Stunde kostet eine Arbeitsstunde eines Leiharbeiters !

Das sind die eigentlichen Argumente für Leiharbeit !

Diese Lohnkosten der Leiharbeiter bedrohen die Bezahlung aller Tarif-Beschäftigten.

Leiharbeiter, je länger sie im Betrieb eingesetzt werden – haben irgendwann dieselben Arbeitskenntnisse wie unsere Stammbeslegschaft ! Wir haben zu recht die Befürchtung, dass bei annähernd gleicher Qualifikation der Leiharbeiter die Löhne und Tarifbestimmungen der Stammbeslegschaft verschlechtert werden.

Fragt euch doch selbst – wenn ein Leiharbeiter im Werk 2 die Arbeit für 14.90 Euro macht, weshalb sollte der Chef euch langfristig das doppelte nämlich 28 Euro bezahlen !! ??

Die Begrenzung von Leiharbeit und Billiglöhnen sichert Eure Arbeitsplätze langfristig.

Aktuell :

Die beabsichtigte Arbeit am kommenden Donnerstag und Sonntag ist illegal !! Sie ist weder vom Regierungspräsidium genehmigt noch durch den Betriebsrat. Dadurch können unter Umständen alle Zusagen des Arbeitgebers was die Bezahlung anbetrifft , Versicherungschutz und anderes, nichtig bzw. unverbindlich sein !!

Der Betriebsrat

Leiharbeit regeln und Mitbestimmung sichern

Die Forderungen der IG Metall im Detail

Kernforderungen

Quotierung bei Leiharbeiter/-innen hinsichtlich Anzahl, Zeitdauer und Einsatzbereiche.

- Poolbildung für den Einsatz von befristet Beschäftigten.
- Erweitertes Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrates (BR) bei Einsatz von Leiharbeit.

Hieraus ergeben sich folgende Regelungspunkte

- Personalplanung auf Basis der jährlichen wirtschaftlichen Zielzahlen mit Stammebelegschaft (inkl. Personal für Urlaubs- und Krankheitstage) sowie dem Personalmehrbedarf für Saisonarbeit. Die Vorschläge des BR für Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung werden aufgegriffen. Der Betriebsrat hat einen Verhandlungsanspruch.
- Für die Jahre 2010 und 2011 wird die Anzahl der Stammebelegschaft auf 683 Beschäftigte zugesichert.
- Dem Betriebsrat werden alle Arbeitnehmerüberlassungsverträge, alle Werkverträge und alle Verträge mit freien Mitarbeiter/-innen einschließlich der Kontrolllisten zur Verfügung gestellt.
- Mehrarbeit wird grundsätzlich über die Ausdehnung von Schichten (3. Schicht), Sonderschichten und den optimalen Einsatz flexibler Arbeitszeit abgedeckt.
- Ein zusätzlicher Personalbedarf in der Saison wird durch befristet Beschäftigte abgedeckt. Hierzu wird ein Bewerberpool eingerichtet, aus dem der Arbeitgeber sein Saisonpersonal rekrutiert.
- Sollte darüber hinaus ein Personalmehrbedarf für nicht vorhersehbare besondere Ereignisse kurzfristig entstehen, wird dieser Mehrbedarf über Leiharbeit abgedeckt. Zeitdauer max. 2 Wochen. Hierzu sind Verfahrensfragen zu vereinbaren.
- Grundsätzlich kein Einsatz von Leiharbeitskräften im Prämienbereich.
- Beabsichtigt der Arbeitgeber Leiharbeitskräfte auch im Prämienbereich zu beschäftigen, wird hierzu eine gesonderte Betriebsvereinbarung

abgeschlossen, in der sichergestellt wird, dass die Leiharbeitskräfte entsprechend der Prämienregelung durch den Verleiher bezahlt werden. Nachteile für die Stammebelegschaft dürfen durch den Einsatz von Leiharbeitskräften nicht entstehen.

- Leiharbeitskräfte können nicht wahllos ausgewechselt werden, es sei denn es liegen verhaltensbedingte Gründe vor.
- Die fehlende Zustimmung des Betriebsrates zu Mehrarbeit, Sonderschichten etc. darf nicht durch den Einsatz von Leiharbeitskräften umgangen werden.
- Mitbestimmung des BR bei der Festlegung der jeweiligen Personalmehrbedarfe, der Arbeitsplätze, der Anzahl der Arbeitsplätze, der Einsatzzeiten. Kommt eine einvernehmliche Lösung nicht zustande, entscheidet die Einigungsstelle verbindlich.
- Sind befristete Beschäftigte und Leiharbeitskräfte eingestellt, sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.
- Abschluss einer Betriebsvereinbarung Auswahlrichtlinien. Hier soll der Ablauf bei Besetzung neuer bzw. wieder zu besetzender Stellen geregelt werden

1.

Interne Ausschreibung.

2.

Bewirbt sich niemand aus der Stammebeleg-

schaft, wird auf befristet Beschäftigte zurück

gegriffen.

3.

Bewerben sich keine befristet Beschäftigten,

wird den eingesetzten Leiharbeitskräften das

Die Aufnahme von Tarifverhandlungen verzögert sich.

Die Geschäftsleitung stellt Vorbedingungen und will, dass der Betriebsrat ohne Wenn und Aber für den gesamten Juni Überstunden für Samstag genehmigt. Der Betriebsrat hatte jedoch vorgeschlagen, über mögliche Überstunden dann zu sprechen, wenn beim anvisierten - inzwischen geplatzten - ersten Verhandlungstermin am 27. Mai 2010 erkennbar wäre, dass die Verhandlungen in einer guten Atmosphäre und ziel führend begonnen werden können.

Termin für ein Sondierungsgespräch ist nun der 8. Juni.

Keine Annäherung im Sondierungsgespräch Erster Warnstreik

In einer Ausgabe der Metallnachrichten am 09.06.2010 informiert die IG Metall über das Sondierungsgespräch vom 08.06.2010:

„Keine Annäherung im Sondierungsgespräch
Stattdessen zweifelte die Arbeitgeberseite die Tariffähigkeit unserer Forderung an. Wir sehen dies anders. Einzig der Wille ist entscheidend, ob die Geschäftsführung eine tarifliche Regelung will oder nicht. Wir werden versuchen, in den Verhandlungen ein gutes Ergebnis zu erzielen. Dies vor allem auch deshalb, damit die Belegschaft wieder in Ruhe ihrer Arbeit nach gehen kann und nicht dauernd Angst haben muss, ob ihre Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen auch in Zukunft noch erhalten bleiben ... Am 10.06.2010 um 10 Uhr beginnen die Tarifverhandlungen. Der Ort steht noch nicht fest, da die Geschäftsführung nicht im Hause verhandeln will. Geschäftsführer Schulden meinte, im Haus wäre die Gefahr einer Unterbrechung zu groß und für die Verhandlungen bräuchten wir Ruhe. Wir können nur vermuten, dass der Geschäftsführung die Unruhe im Betrieb schon zu hoch ist um unbelastet verhandeln zu können.“

Doch auch im Panoramahotel in Waldenburg, wo die Verhandlung dann stattfand, erreichte die Geschäftsleitung die Nachricht vom Warnstreik in Öhringen am Vormittag: „Die Tarifkommission der IG Metall erschien aufgrund der Teilnahme an der rechtswidrigen Protestaktion mit fast halbstündiger Verspätung am Verhandlungsort.“ (Personalmitteilung vom 10.06.2011)



Warnstreik bei Huber

ÖHRINGEN Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Unter dieser Forderung begleiteten gestern Vormittag rund 250 Beschäftigte der Öhringer Huberwerke mit einem zweistündigen Warnstreik den Auftakt der Verhandlungen zwischen IG Metall und Geschäftsführung über Leiharbeit und die zukünftigen Arbeitsbedingungen bei Huber (wir berichteten). Scharf wandten sich alle Recliner, unter ihnen Betriebsratsvorsitzender Siegfried Hübeler und DGB-Regionsvorsitzender Bernhard Löffler, gegen die „moderne Form der Sklavenarbeit“. Der Einsatz von Leiharbeitern zu Dumpinglöhnen sei moralisch, politisch und gesellschaftlich verwerflich. Irgard Kircher-Wieland, Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Huber, freute es besonders, dass auch Leiharbeiter am Warnstreik teilnehmen. „Sie haben begriffen, dass es nicht gegen sie geht, sondern um gesellschaftspolitische Verantwortung und um ihre Zukunft.“ Gegenüber der HZ ließ sie keinen Zweifel: Wenn die Geschäftsführung ganz auf stur schalte, dann gehe man in die Urabstimmung. *lk*



Huber-Mitarbeiter machen mobil: Mit einem Warnstreik vor dem Tor von Werk I begleiteten sie den Auftakt der Verhandlungen über Leiharbeit.

Foto: Bettina Henke

Heute WARNSTREIK!



Schwäbisch Hall
10. Juni 2010

**Treffpunkt: 09.30 Uhr
am Werkstor Werk I
gemeinsames Vesper**

Werk II Busabfahrt um 9 Uhr am Tor

Wochenlang wurde über eine Betriebsvereinbarung zum Einsatz von Befristeten und Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat verhandelt. Es kam zu keinem Ergebnis.

Bereits am 27 April 2010 haben in einer Versammlung die Mitglieder der IG Metall die Einleitung von Tarifverhandlungen beschlossen.

Nun ist es soweit. Es wird seit Dienstag, 08.Juni 2010 verhandelt. Dabei geht es um die zukünftigen Arbeitsbedingungen bei Huber in Öhringen.

GLEICHE ARBEIT



GLEICHES GELD

Wir haben der Firma am Dienstag unsere Forderungen übermittelt:

- Poolbildung für den Einsatz von befristet Beschäftigten
- Quotierung bei Leiharbeiterinnen/Leiharbeitern hinsichtlich Anzahl, Zeiträum und Einsatzbereiche
- Ein erweitertes Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrates bei Einsatz von Leiharbeiterinnen/Leiharbeitern

**Stärkt der Verhandlungskommission den Rücken
und beteiligt euch alle am Warnstreik**

Hinweis für alle Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter:

Nach § 11 Abs. 5 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gilt folgendes:

(5) Der Leiharbeiter ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. In den Fällen eines Arbeitskampfes nach Satz 1 hat der Verleiher den Leiharbeiter auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen.

M.S.P. - Heidi Schmitt, IG Metall, Halle 08 37 - 14253 Schwäbisch Hall

Schreiben des Betriebsrates an die Belegschaft

Sicherheit für die Stammebelegschaft



Betriebsrat
Oehringen1/Huber
11.06.2010 11:42

Sehr geehrte Arbeitskollegen,

der momentane betriebliche Konflikt um die Leiharbeit ist kompliziert, weil sich hier tarifrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen sehr Nahe kommen und je nach Interessenlage, sich unterschiedliche Interpretationen des Sachstandes darstellen lassen.

Die Behauptung des Arbeitgebers, er habe eine Sicherung der Stammebelegschaft angeboten, aber der Betriebsrat bzw. die IG Metall hätte dieses Angebot ausgeschlagen, ist absurd und eine ausschließlich rethorisch geprägte Interessensargumentation.

Zu den Fakten :

Der Arbeitgeber hatte dem Betriebsrat angeboten die sog. Stammebelegschaft zu garantieren. Für 2010 - bis Dez.- wurde hier die Zahl von 683 Mitarbeitern genannt. Ich hatte dann Herrn Schulten gefragt, ob er denn bereit sei, diese Zahl in einer Vereinbarung schriftlich abzusichern. Daraufhin hatte Herr Schulten lakonisch geantwortet : Nein - ihr wollt doch nur eine Beschäftigungssicherung. Natürlich dazu bekennen wir uns - denn dies ist eine zentrale Forderung.

Von Seiten des Arbeitgebers war das Angebot einer "Absicherung der Stammebelegschaft" so aufzufassen, dass jeweils zu Beginn eines Jahres eine "neue" Anzahl von sog. Stammebelegschaftsmitgliedern dem Betriebsrat mitgeteilt wird - und das sei dann eben immer die sog. Stammebelegschaft. Somit könnte schon 2011 die Anzahl der sog. Stammebelegschaft (heute 683 Mitarbeiter) nach unten "korrigiert" werden. Allein die Abschaffung der halben tariflichen Erholzeitpause 2009 - hat 35 feste Stammarbeitsplätze betroffen. Dieser Umstand hat sicherlich auch dazu beigetragen , dass der Arbeitgeber bei dem derzeit wachsenden Arbeitsvolumen, diese verlorenen "Stamm-Arbeitsplätze", mit Leiharbeitern auffüllt, weil eigentlich zusätzliche Einstellungen erforderlich wären !!

Die Absicht des Arbeitgebers auch noch den letzten Rest der Erholzeitpause wegzustreichen sind in vollem Gange !

Mit der uneingeschränkten Möglichkeit des Arbeitgebers, Leiharbeiter auf "freie" Stellen von zuvor ausgeschiedenen Stamm-Beschäftigten einzusetzen (bei steigendem Auftragsvolumen) - wäre der tendenzielle Rückgang der Stammebelegschaft vorprogrammiert. Deshalb will die IG Metall hier auch einen "Verhandlungsanspruch" des Betriebsrates vereinbaren, dass die betriebliche Interessenvertretung "Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung" wirksam einbringen kann. Durch einen solchen "Verhandlungsanspruchs" des Betriebsrates wären z.B. Regelungen für zusätzliche Altersteilzeit etc., bei einem etwaigen Arbeitsplatzabbau, sozialverträglich zu erreichen.

In den gestern überreichten Forderungen der IG Metall wird ganz konkret eine Beschäftigungssicherung grundsätzlich bei Einsatz von Leiharbeit gefordert und konkret für 2010 und 2011 die Absicherung von 683 Mitarbeitern in Öhringen (Werk1 und Werk2) als sog. Stammebelegschaft.

Ich hoffe wir können mit dieser mail zu einer Versachlichung der durchaus ernsten Problematik um die Leiharbeit beitragen.

Heute im Laufe des Tages können Sie sich über weitere Details der Tarifforderungen zu einem Haustarifvertrag, in einer Ausgabe der Metallnachrichten, informieren.

mfG

S. Hubele
für den Betriebsrat

Zu Beginn der Verhandlung am 10.06.2010 verlangt die Geschäftsführung von der IG Metall, schriftlich oder mündlich zu versichern, dass es während der laufenden Verhandlungen keine weiteren Aktionen durch die IG Metall mehr gibt. Dies wurde von Seiten der IG Metall strikt abgelehnt.

Die Geschäftsleitung informiert am 10. Juni 2011 die Belegschaft über den Verhandlungsverlauf und kritisiert (neben dem verspäteten Erscheinen der Verhandlungskommission), dass die Forderungen der IG Metall „...teilweise tariflich nicht regelbar“ sind, „d.h., sie würden bestehende Tarifregelungen unterlaufen ... Wir werden keiner Forderung zustimmen, die das bestehende Tarifrecht verletzt. Wir sind aber weiterhin bereit, das bereits bekannte Angebot in den Verhandlungen zu vertiefen.“

In einem Aushang erklärt der Betriebsrat der Belegschaft die Situation.

Metallnachrichten zur Verhandlung vom 10.06.2010



Schwäbisch Hall

metallnachrichten

für die Beschäftigten der Fa. Huber Packaging group Öhringen

11. Juni 2010

IG Metall fordert Tarifverhandlungen ohne Vorbedingungen und erläutert Forderungen

Nächste Verhandlung am 18. Juni 2010

Nach dem Sondierungsgespräch am Dienstagabend wurden gestern die Verhandlungen über einen Tarifvertrag zwischen IG Metall und der Geschäftsleitung der Fa. Huber packaging group fortgesetzt. Streitpunkt ist der Einsatz von Leiharbeit, statt bewährter befristeter Beschäftigung wie seither. Dies geht auch deutlich aus einem Aushang der Geschäftsführung von gestern Abend hervor. Von befristet Beschäftigten ist darin keine Rede.

Keine Verletzung von Tarifrecht

Bisher hat die IG Metall keine Forderungen aufgestellt, die das bestehende Tarifrecht verletzen. Wir unterlau-



Erfolgreicher Warnstreik der Huber-Belegschaft am 10. Juni in Öhringen. Die Produktion stand still.

fen auch keine Tarifregelungen, wie die Geschäftsführung in ihrem Aushang behauptet, sondern wollen gerechte Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten und den Schutz der Stammbesellschaft.

Warnstreik unser gutes Recht

Aktionen und Warnstreiks sind unser gutes Recht und auch grundgesetzlich verbrieft. Dieses Recht lassen wir uns von Arbeitgebern nicht nehmen!

Die Arbeitgeberseite forderte die IG Metall zunächst auf, den Warnstreik sofort abzublenden. Wir haben das abgelehnt. Der Warnstreik wurde wie vorgesehen um 11.30 Uhr beendet.

Belegschaft steht hinter den Forderungen der IG Metall

Die Beschäftigten, einschließlich der Kolleginnen und Kollegen in Leiharbeit, stehen hinter den Forderungen der IG Metall und haben dies mit dem zweieinhalbstündigen Warnstreik, bei dem die Produktion komplett stillstand, gezeigt.

Inhalt des gestrigen Verhandlungstages war es, die Forderungen der IG Metall zu erläutern. Die Arbeitgeberseite hat sie, nur von wenigen Nachfragen begleitet, entgegengenommen.

Vereinbart wurde

1. der Arbeitgeberseite diese Erläuterungen auch schriftlich zu übermitteln.
2. Termine für weitere Verhandlungen (18.06. und 21.06.)

Unsere Forderungen

- ➔ **Quotierung bei Leiharbeiterinnen/Leiharbeitnehmern hinsichtlich Anzahl, Zeitdauer und Einsatzbereiche**
- ➔ **Bewerber-Pool für den Einsatz von befristet Beschäftigten (Erläuterung siehe weiter unten)**
- ➔ **Ein erweitertes Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrats bei Einsatz von Leiharbeiterinnen/ Leiharbeitnehmern**



Betriebsratsvorsitzender Siegfried Hubele: *„Der Einsatz von Leiharbeitern zu Dumpinglöhnen ist moralisch, politisch und gesellschaftlich verwerflich.“*

Folgendes muss daher geregelt werden:

Wir brauchen **Sicherheit für die Stammebelegschaft**. Der Arbeitgeber muss jährlich eine Personalplanung vorlegen und diese mit dem Betriebsrat beraten. Diese enthält die Anzahl der Stammebelegschaft und den Personalmehrbedarf.

Der Betriebsrat muss einen Verhandlungsanspruch haben und auch Vorschläge des Betriebsrates für **Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung** müssen aufgegriffen werden.



Der **Personalmehrbedarf für Saisonarbeit** wird durch befristet Beschäftigte abgedeckt. Für diesen Mehrbedarf werden Kolleginnen und Kollegen, die sich jeweils zu Anfang des Jahres bereits für eine befristete Beschäftigung beworben haben, eingestellt. Dies nennen wir „**Personalpool**“.

Nur wenn darüber hinaus noch ein **Mehrbedarf** aus nicht vorhersehbaren besonderen Ereignissen kurzfristig entsteht, können wir uns auch den Einsatz von Leiharbeitskräften vorstellen.

Gegen Lohndrückerei und für sichere Arbeitsplätze

Sollen Leiharbeitskräfte im Prämienbereich eingesetzt werden geht dies aus unserer Sicht nur, wenn eine Betriebsvereinbarung über die **gleichen Bedingungen für die Leiharbeitskräfte** abgeschlossen wird. Ansonsten besteht die große Gefahr der Lohndrückerei gegen die Stammebelegschaft!

Werden Stammarbeitsplätze frei, werden vorrangig bisher befristet Beschäftigte **unbefristet eingestellt**.

Solange befristet Beschäftigte und/oder Leiharbeitskräfte im Betrieb beschäftigt sind, gibt es **keine betriebsbedingten Kündigungen**. Für die Stammebelegschaft darf es keine Nachteile, vor allem nicht beim Entgelt, geben.

Kein Stillhalteabkommen

Die Arbeitgeberseite wollte nicht mehr verhandeln, es sei denn, die IG Metall würde zusagen, dass keine Aktionen mehr stattfinden - zumindest nicht bis nach der nächsten Verhandlung. Wir haben dies abgelehnt.

Heidi Scharf, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schwäbisch Hall und Verhandlungsführerin auf Arbeitnehmerseite dazu: *„Wenn wir verhandeln, dann ohne Vorbedingungen. Es ist das demokratische Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich für ihre Forderungen einzusetzen.“*



Verhandlungen ohne Vorbedingungen durchgesetzt

Der Arbeitnehmerseite gelang es erst mit zeitlicher Verzögerung und längerem Hin und Her die Arbeitgeber davon zu überzeugen, in die Verhandlungen einzusteigen und zwar ohne Vorbedingungen.

... Wir bedanken uns für eure **Unterstützung beim gestrigen Warnstreik und bitten euch, der Verhandlungskommission weiterhin den Rücken zu stärken!**

Wenn wir zusammenstehen, werden wir akzeptable Lösungen zu den Themen Saisonarbeit und Leiharbeit durchsetzen können!

Am 18.06.2011 und am 21.06.2011 finden weitere Verhandlungen zwischen der Fa. Huber und der IG Metall statt.

Der Arbeitgeber will die Belegschaft beruhigen und einen drohenden Arbeitskampf auf jeden Fall vermeiden und schreibt an die Belegschaft: „Heute fand die 2. Verhandlungsrunde mit der IG Metall zum Thema Zeitarbeit statt. Die Gespräche fanden in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Dabei ist die Geschäftsführung insbesondere auf die unbegründete Befürchtungen der IG Metall eingegangen, dass durch den Einsatz von Leiharbeitskräften die Sicherheit für die Stammebelegschaft gefährdet sei.“ (Personalmitteilung vom 18.06.2011)

Betriebsvereinbarung statt Tarifvertrag

„Streiks nicht mehr ausgeschlossen“

Bei der Verhandlung am 21.6.2011, nach fast sechs Monaten Auseinandersetzung, machte dann die Geschäftsführung auf einmal bei der Verhandlungskommission der IG Metall den Vorstoß, ob es nicht doch möglich wäre, unter Hinzuziehung der Verbandsvertretung von IG Metall und Südwestmetall, über eine Betriebsvereinbarung zu verhandeln und nicht über einen Tarifvertrag.

Die Mitglieder der IG Metall-Verhandlungskommission sahen darin die Chance, die Eingruppierung mit zu verhandeln und nicht nur die mitbestimmungspflichtigen Forderungen. Allerdings war für uns klar, dass die Verhandlungen über einer Betriebsvereinbarung ohne Verbandsvertreter/-in erfolgen sollte, sonst hätten wir ja weiterhin einen Tarifvertrag verhandeln können.

Tarifverhandlungen ausgesetzt

Mit Zustimmung der IG Metall-Verhandlungskommission wurden die Tarifverhandlungen für eine Woche ausgesetzt. Diese Zeit sollte genutzt werden, um eine Betriebsvereinbarung abzuschließen.

Sicherlich ein ungewöhnlicher Schritt in einer laufenden Tarifverhandlung, aber in diesem konkreten Fall die einzig richtige Entscheidung, wie auch das Ergebnis zeigt.

Arbeitgeber weiterhin nicht kompromissbereit

Bis dieses Ergebnis erreicht war, gab es jedoch noch jede Menge Konflikte zu lösen. Bei den betrieblichen Verhandlungen zeigte der Arbeitgeber noch weniger Kompromissbereitschaft und legte immer wieder bereits geklärte Punkte anders aus oder fügte neue Forderungen hinzu.

Um nochmals Druck zu erzeugen, beschloss der Betriebsrat, am 30.06.2011 eine außerordentliche Betriebsversammlung abzuhalten. Auf dieser sollte das Scheitern der Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Diese Ankündigung brachte dann das gute Ergebnis in der Auseinandersetzung.

Der Betriebsrat informiert

Heute ab 14 Uhr außerordentliche Betriebsversammlung für Werk 1 und Werk 2

Ab 14 Uhr Fortsetzung der Betriebsversammlung für die Spätschicht

Der Betriebsrat informiert

Kampf für gute Arbeitsbedingungen für Alle !

Am Montag Nachmittag wurden die Verhandlungen zur Regelung der Leiharbeit bei HUBER unterbrochen.

Die Geschäftsführung hatte gebeten die Tarifverhandlungen zwischen IG Metall und Südwest-Metall auszusetzen, um nach einer betrieblichen Regelung zu suchen.

Unsere Verhandlungskommission hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Am Dienstag 22.6.2010 um 10 Uhr fanden weitere Gespräche mit Herrn Schulten, Herrn Hausser, Herrn Merkle und Herrn Waldenmaier statt.

Der Betriebsrat hat den Herren erneute Kompromissvorschläge vorgetragen:

- Der Betriebsrat genehmigt alle notwendigen Überstunden und Sonderschichten für 2010 für das Werk1 und2
- Alle laufenden Gerichtsprozesse wg. Leiharbeit (56) zieht der Betriebsrat zurück
- Der Betriebsrat hat sogar schlechteren Regelungen für Ferienarbeiter bei der Berechnung des Urlaubsanspruchs zugestimmt.
- Der Betriebsrat ist von seiner konsequenten Haltung gegen Leiharbeit bei HUBER abgegangen und hat sich auf eine Quotenregelung eingelassen.

Das war den Herren aber immer noch nicht genug !

HUBER will durch die Billiglöhne der Leiharbeit noch mehr Profit einfahren. Dadurch werden die Tariflöhne der Stammebelegschaft mittelfristig bedroht und Leiharbeiter werden als Konkurrenten der Stammbeschäftigten benutzt.

Das einzige Entgegenkommen der Herren war, dass Sie außerhalb der Saison in der Regel keine Leiharbeiter einstellen wollen. (da droht uns eh wieder Kurzarbeit oder „nach hause schicken“)

Die Herren bestehen kompromisslos auf einer Quote von 50 % Leiharbeitern in der Saison – bei den restlichen 50% Saisonbeschäftigten sollen größtenteils Schüler und Studenten eingesetzt.

Das können wir auf keinen Fall akzeptieren.

Der Betriebsrat hat ein besseres Modell vorgeschlagen: 1/3 Schüler/Studenten, 1/3 befristete Beschäftigte und 1/3 Leiharbeiter.

Wobei klar verlangt wurde, dass es nicht sein kann, dass Leiharbeiter(auch Familienväter, Mütter) weniger Stundenlohn erhalten als Schüler/Studenten ! Unser Vorschlag würde bedeuten, dass Leiharbeiter und Ferienarbeiter einen Lohn auf der Basis der EG 1 erhalten sollen (14.40€/Std.)

Bei den Verhandlungen wollte sich der Arbeitgeber zur Sicherung der derzeitigen Stammebelegschaft (683 Beschäftigte) für die Jahre 2010 und 2011 nicht mehr äußern.

Sollten die Herren ihre Haltung bis Mittwoch weiter aufrecht erhalten, werden die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen. Aber auch dabei ist zu befürchten, dass eine Einigung wegen der Haltung der Geschäftsführung schwerlich möglich sein wird.

Der Konflikt wird sich zuspitzen und Streiks sind nicht mehr ausgeschlossen.

Wir bitten alle Kollegen weiterhin um die Unterstützung – gegen Leiharbeit und Lohndrückerei, für sichere Arbeitsplätze und tarifliche Arbeitsbedingungen.

Danke für die bisherige Unterstützung.

Wenn wir zusammenhalten, können wir viel erreichen !

Euer Betriebsrat

Betriebsvereinbarung Saisonaler Personalmehrbedarf

Einigung: Grundsätzlich keine Leiharbeit



Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall haben ihr Ziel erreicht:

Grundsätzlich keine Leiharbeit

Geschäftsleitung und Betriebsrat der Fa. Huber packaging group haben am Mittwoch eine Betriebsvereinbarung zum Einsatz von befristet Beschäftigten sowie Ferienarbeit abgeschlossen, darin heißt es: „Zur Abdeckung des Personalbedarfs in der Saison werden grundsätzlich keine Leiharbeitnehmer, sondern befristet Beschäftigte eingesetzt.“



Betriebsrat setzt sich durch: Befristete Beschäftigung statt Leiharbeit

Der Betriebsrat konnte sich mit seiner Forderung, den erhöhten Personalbedarf während der Saison statt mit LeiharbeitnehmerInnen wie bisher auch mit befristet Beschäftigten abzudecken, durchsetzen.

Unterstützung durch die Belegschaft

Dieser Erfolg konnte nur durch den Druck der Belegschaft beim Warnstreik am 10. Juni erzielt werden ist sich Heidi Scharf, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schwäbisch Hall sicher. Mit dem Ergebnis ist sie sehr zufrieden: „Das Einkommen und die Arbeitsplätze der Huber-Belegschaft sind gesichert. Wir bedanken uns bei den Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung.“

Hauptziel erreicht

Nach der neuen Betriebsvereinbarung ist Leiharbeit bei Huber grundsätzlich ausgeschlossen.

Das ist ein großer Erfolg für die Belegschaft, den Betriebsrat und die IG Metall. Sie haben damit ihr Hauptziel erreicht.

Die Betriebsvereinbarung im Einzelnen:

Die neue Betriebsvereinbarung, die in den nächsten Tagen umgesetzt werden soll und eine Laufzeit bis zum 31.12.2011 hat, regelt unter anderem folgende Punkte:

1. Zur Abdeckung des Personalbedarfs in der Saison werden grundsätzlich keine Leiharbeitnehmer, sondern befristet Beschäftigte eingesetzt.
2. In den Semester- bzw. Schulferien können zur Abdeckung des Personalbedarfs auch Schüler und Studenten eingestellt werden.
3. Der in Punkt 1 und 2 genannte Personenkreis erhält folgendes Entgelt:

- Schüler und Studenten: EG 1 ohne Belastungszulagen
- Befristete Mitarbeiter unter ei-

nem Monat Einsatzdauer: EG 1 + 2 Belastungsstufen

- Befristete Mitarbeiter, ab dem 2. Monat Einsatzdauer: EG 1 + 2 Belastungsstufen + 5% Leistungszulage

- Befristete Mitarbeiter ab dem 4. Monat Einsatzdauer: EG 2 + 2 Belastungsstufen + 5% Leistungszulage

...

Bewerberpool

6. Die befristeten Mitarbeiter sowie Schüler und Studenten werden zunächst aus dem im Personalwesen vorliegenden Bewerberpool rekrutiert, die Auswahl nimmt das Personalwesen vor.

...

8. Leiharbeitnehmer werden grundsätzlich nur zur Abdeckung kurzfristiger Personalbedarfe eingestellt, sofern im Bewerberpool keine geeigneten und qualifizierten Kandidaten vorhanden sind ...

Keine betriebsbedingten Kündigungen

9. Während des Einsatzes von Saison- und Ferienkräften erfolgen in den Bereichen, in denen Saison- und Ferienkräfte eingesetzt werden, keine betriebsbedingten Beendigungskündigungen vergleichbarer Stammbeschäftigter.

Eure IG Metall Vertrauensleute Huber packaging group

Seitdem wird bei Huber wie in den letzten Jahrzehnten weitergearbeitet:

- Grundsätzlich keine Leiharbeit
- Saisonarbeit wird durch befristet Beschäftigte abgedeckt
- Bezahlung nach Tarif für alle. Keine betriebsbedingten Kündigungen in den Bereichen mit Saisonarbeit
- Weiterer wichtiger Punkt: Sollte der Einsatz eines befristet Beschäftigten länger als 6 Monate dauern, erhöht sich die Leistungszulage auf 10%. Die Eingruppierung kann in diesem Fall auf Antrag des Betriebsrates oder des Beschäftigten in der PAKO überprüft werden. Wenn einer befristeten Beschäftigung vor Ablauf von 4 Monaten eine weitere befristete Beschäftigung folgt, wird die vorherige Beschäftigungszeit anerkannt, d.h. es kommt schneller zu einer Höhergruppierung.

Damit haben Betriebsrat und IG Metall ihr Ziel erreicht.

Erst durch den Druck der Belegschaft im Rahmen der Tarifauseinandersetzung konnte nun doch ein Ergebnis auf betrieblicher Ebene erreicht werden. Heidi Scharf, 1. Bevollmächtigte: „Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden und können angesichts der Regelungen zur Leiharbeit mit der Betriebsvereinbarung gut leben.“



1. Mai-Demo 2010
in Öhringen



IG Metall Aktionstag zur
Leiharbeit am 24.02.2011 in
Schwäbisch Hall



„Wir bezahlen nicht für eure
Krise“ am 28.03.2009 in
Frankfurt

